# Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugs-Preis 5.40 Mark
vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 43 — Herford, Freitag, den 20. Februar 1920 — 30. Jahrgang


## Der Hochverrat im Rheinland.

An der Hand der neuesten Nummer des Organs der rheinischen republikanischen Volkspartei, des in Köln erscheinenden Wochenblattes „Rheinische Republik", dessen Charakter schon vom Minister Heine in seiner Landtagsrede gekennzeichnet wurde, schreibt in einer längeren Abhandlung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" der Geh. Justizrat Professor Dr. Eduard Heilfron u. a. folgendes: Der Leitartikel in Nr. 7 der „Rheinischen Republik" beginnt mit folgenden Worten:

„Als im Dezember 1818 Rheinland tatsächlich von Preußen getrennt wurde, erfolgte auch das Zerreißen des Rechtsbandes, das Rheinland mit Preußen verband, denn in der Besitzergreifungsurkunde vom 8. April 1815 heißt es: Preußen hat die Pflicht, die Rheinlande zu schützen. Auf der Erfüllung dieser Pflicht durch Preußen beruhen allein die Rechte Preußens und andererseits wiederum als Gegenleistung die Verpflichtungen des Rheinlandes. Dadurch nun, daß Preußen schuldhaft — durch die Politik, die zum Kriege und zur Aufgabe der Rheinlande im Waffenstillstandsabkommen und zum Friedensvertrage führte — die Erfüllung der Schutzpflicht unmöglich machte, ist auch das Rheinland von seinen Verpflichtungen gegen Preußen frei. Daraus ergibt sich auch das Recht des Rheinlandes, die Gestaltung seiner politischen Verhältnisse unabhängig von Berlin in die Wege zu leiten."

Professor Heilbron schreibt dazu:

„Man weiß nicht, was in dieser Begründung einer Berechtigung zur Loslösung der Rheinlande, worunter immer nur die linksrheinischen Teile der Rheinprovinz zu verstehen sind, freventlicher ist, die Leichtfertigkeit der Heranziehung eines geschichtlichen Vorganges oder die Unkenntnis der einfachsten staatsrechtlichen Grundbegriffe. Der Verfasser des Programms hat sich offenbar nicht einmal die Mühe genommen, die von ihm angezogene Besitzergreifungsurkunde nachzulesen, denn sonst hätte er wenigstens das Datum richtig angeführt. Gemeint ist die königliche Verordnung vom 3. April 1815 „an die Einwohner der mit der preußischen Monarchie vereinigten Rheinlande". Der König sagt in dieser Proklamation: „Als ich dem einmütigen Beschlusse der zum Kongreß versammelten Mächte, durch den ein großer Teil der deutschen Provinzen des linken Rheinufers meinem Staate einverleibt wird, meine Zustimmung gab, ließ ich die gefahrvolle Lage dieser Grenzlande des Deutschen Reiches und die schwere Pflicht in ihrer Verteidigung nicht unerwogen. Aber höhere Rücksichten auf das gesamte deutsche Vaterland entschieden meinen Entschluß."

Aus dieser Erklärung entnimmt der Verfasser der hier besprochenen programmatischen Erklärung eine Art von Vertrag zwischen den neu an Preußen gekommenen Teilen der Rheinprovinz und dem alten Preußen, etwa dahingehend, daß die Rheinlande sich in den Schutz Preußens begeben hätten. Er folgert weiter, daß, nachdem Preußen diesen Schutz nicht mehr auszuüben in der Lage ist, auch die Rheinlande von jeder Verpflichtung gegenüber Preußen entbunden seien. Alles an dieser Schlußfolgerung ist verzerrt, unpolitisch und unjuristisch. Es gab auf dem Wiener Kongreß keine Vertreter der Rheinlande, welche im Namen der letzteren mit Preußen einen Vertrag hätten abschließen können. Es ist unwahr, daß die Rechte Preußens allein auf der Erfüllung seiner Schutzpflicht beruhen und daß die Verpflichtung der Rheinlande, bei Preußen zu bleiben, eine Gegenleistung hierzu bildet. Es ist unwahr, daß Preußen schuldhaft die Erfüllung dieser Schutzpflicht unmöglich machte und daß infolgedessen das Rheinland von seinen Verpflichtungen gegenüber Preußens frei sei. Die linksrheinischen Teile Preußens sind verfassungsmäßig Bestandteile dieses Landes. Durch den Friedensvertrag ist hierin nicht das geringste geändert. Die Entente hat lediglich zur Sicherstellung der Ausführung des Friedensvertrages in Artikel 428 das Recht in Anspruch genommen, die deutschen Gebiete westlich des Rheines für den Zeitraum von höchstens 15 Jahren besetzt zu halten, genau so wie im Frankfurter Frieden seitens Deutschlands einzelne französische Landesteile bis zur Erfüllung der Friedensbedingungen der deutschen Gesetzgebung vorbehalten wurden.

Die „Rheinische Republikanische Volkspartei" wendet sich in ihren programmatischen Erklärungen in erster Stelle an den rheinischen Arbeiter und Kleinbauer. Es ist nicht anzunehmen, daß sie bei dem gesunden Sinne dieser Bevölkerungsteile in diesen Kreisen Gegenliebe finden wird. Von den oben aufgedeckten geschichtlichen und staatsrechtlichen Spiegelfechtereien wird sich niemand blenden lassen. Da der Verfasser des Programms der Rheinischen Republikanischen Volkspartei aber nun einmal auf die Besitzergreifungsurkunde vom 3. April 1815 Bezug nahm, seien ihm die Worte entgegengehalten, mit denen König Friedrich Wilhelm III. die wiedergewonnenen und neuen Landeskinder begrüßte: „Diese deutschen Urländer müssen mit Deutschland vereinigt bleiben. Sie können nicht einem anderen Reiche angehören, dem sie durch Sprache, durch Sitten, durch Gewohnheiten und durch Gesetze fremd sind. Sie sind die Vormauer der Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands, und Preußen, dessen Besitz hart bedroht war, hat ebensosehr die Pflicht wie den ehrenvollen Anspruch erworben, sie zu beschützen und für sie zu wachen."

## Das Neueste vom Tage.

Lloyd George hat an den deutschen Geschäftsträger in London einen Brief gerichtet, nach dem die Abrüstung der deutschen Armee auf hunderttausend Mann erst bis zum 10. Juli durchgeführt zu sein braucht.

Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Zechen und Organisationen im Ruhrrevier haben dazu geführt, daß die Bergarbeiter wöchentlich zwei halbe Ueberschichten verfahren wollen.

Zwischen England und Sowjetrußland sind Friedensverhandlungen eingeleitet worden.

In den römischen Metallwerken versuchte die Polizei, die Arbeiter zum Verlassen der Betriebe zu veranlassen. Hierbei kam es zu Zusammenstößen, bei denen es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab.

Die rumänischen Besatzungsbehörden haben in Großwardein und Klausenburg acht ungarische Offiziere und mehrere Bürger zum Tode verurteilt.

Die neuen englischen Schiffe werden Geschütze von 34,8 und 40,64 Zentimeter und möglicherweise solche noch schwereren Kalibers führen. Die Schlachtschiffe mit schwächeren Geschützen sollen ausrangiert werden.

Die neue Ententenote führt zu neuen juristischen und prozessualen Schwierigkeiten, da sie in vielen Punkten den deutschen Rechtsgrundsätzen widerspricht; es sollen u. a. Angeklagte nach Gesetzen verurteilt werden, die zur Zeit ihres Vergehens noch nicht bestanden haben.

Die Londoner Konferenz nahm einstimmig den von Frankreich und England eingebrachten Entwurf an, der ein Verbot der Rückkehr des früheren deutschen Kaisers und des Kronprinzen nach Deutschland für alle Zeiten ausspricht.

Senator Lodge erklärte, Amerika werde im Sommer alle Truppen aus Europa zurückziehen; die frei werdenden Zonen werde Frankreich besetzten.

Venizelos erklärte im griechischen Parlament, es gebe keine König Konstantinfrage, da das griechische Volk gegen eine Zurückweisung des Königs sei.

Der amtliche englische Bericht über die Seeschlacht am Skagerrak wird binnen kurzem veröffentlicht werden.

Landwirtschaftsminister Braun äußerte einem Mitarbeiter des B. T. gegenüber, in Pommern beurteile er die Lage sehr ernst infolge der zahlreichen Kündigungen, der Erbitterung in der Landwirtschaft, des Scheiterns der Tarifverhandlungen und der Besetzung von Gütern mit bewaffneten Baltikumtruppen.

Nach den Times bestätigt sich die Meldung von der Ermordung einer Anzahl französischer Offiziere und Soldaten und zweier armenischer Offiziere in Cilicien.

Aus Ortschaften des Abtretungsgebietes im Kreise Namslau und Groß-Wartenberg kommen schwere Klagen über Bedrückungen durch die Polen.

Bezüglich Westungarns verharrt die Wiener Regierung auf der Grundlage des Friedensvertrags von St. Germain.

Im amerikanischen Repräsentantenhause beabsichtigt Fox eine Verfassungsänderung zu beantragen, durch die für den Fall, daß der Präsident außerstande erklärt wird, seine Obliegenheiten zu erfüllen, der Vizepräsident oder ein Kabinettsmitglied das Recht erhält, die Präsidentschaft zu übernehmen.

Der Prozeß gegen die Kriegsschuldigen macht eine bedeutende Erweiterung des Personals des Reichsgerichts notwendig.

Der Rücktritt Jonnarts wird in Paris als Protest gegen die „schlappe Haltung" des Obersten Rates gegen Deutschland bei Ausführung der Bedingungen des Friedensvertrages (lies: Auslieferungsfrage) angesehen. Millerand soll in der Kammer interpelliert und zum Sturz gebracht werden.

Das amerikanische Admiralsschiff hat Venedig verlassen; man glaubt, daß auch die dort noch befindlichen Zerstörer die Adria verlassen werden.

## Steigerung der Kohlenproduktion

### Das Abkommen mit den Bergarbeitern.

wtb. **Berlin**, 19. Febr. Wie bekannt, haben kürzlich in Gegenwart des Reichskanzlers in Essen Besprechungen zwischen den Zechenverbänden und den Organisationen der Bergarbeiter über die Steigerung der Kohlenproduktion stattgefunden. Im weiteren Verlaufe dieser Verhandlungen ist das nachstehende Abkommen getroffen worden:

Es sollen wöchentlich zwei halbe Ueberschichten gefahren werden. Als Entgelt hierfür erhalten die Untertagarbeiter 100 Prozent, die Uebertagarbeiter 50 Prozent Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern, die die Ueberschichten leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Mann und Monat 12 Kg. Brot und 4 Kg. Fett und zwar zu den Preisen der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 23. Februar in Kraft und gilt vorläufig für die Dauer von drei Wochen bis zum 24. März. In etwa 14 Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einsetzen.

Diese Bereitwilligung, die Kohlenproduktion durch Leistungen von Ueberstunden zu steigern, hat den Bergarbeitern den Dank des ganzen Volkes gesichert. Ein Teil der mehrgeförderten Kohle wird zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag benutzt werden. Die übrigen Mengen werden sowohl der Industrie wie der Landwirtschaft zugute kommen.

*

### Ein Lichtblick in der Kohlenfrage.

In dem wichtigsten Rheinisch-Westfälischen Bergbaugebiet, dem Kreise Hamborn, dessen Gruben unmittelbar den Duisburg-Ruhrorter Industriebezirk und den Ruhrorter Hafen versorgen, ist in den letzten Tagen die Kohlenförderung erfreulich gestiegen, was auf die erhöhte Arbeitsfreudigkeit, Vermehrung der Belegschaften bei den Thyssenzechen und vor allem auf die Ueberschichten der Bergarbeiter zurückzuführen ist. Bei den Verhandlungen mit den Betriebsräten wurde auf die Notwendigkeit der erhöhten Förderung hingewiesen und auf sämtlichen Thyssenschen Schachtanlagen in Hamborn, Wehofen und Lohberg sind Ueberschichten verfahren worden. Bei der Zeche Neumühl sollen die Belegschaften ebenfalls zur Leistung von Ueberschichten aufgefordert werden. Inzwischen ist der neue Lohntarif der Bergarbeiter in Kraft getreten und man erhofft davon eine weitere Steigerung der Arbeitslust. Nach dem neuen Tarif wird sich der Tagesverdienst eines Hauers bis zu 40 *M* stellen, während für Ueberschichten ein Zuschlag von 25 v. H. gezahlt wird. Bergleute, die Ueberschichten verfahren, erhalten außerdem je zwei Pfund Schmalz zum Vorzugspreise von 8,10 *M*. Vom Hüttenwerk Thyssen sind bereits zahlreiche Arbeiter zum Bergbau übergangen, weitere Ueberweisungen sollen in dem Maße, wie es die Betriebe zulassen, erfolgen. Wenn so die Belegschaften bis zur möglichen Grenze weiter vermehrt und die Arbeitslust durch ausreichende Löhne gehoben wird, kann man mit einer günstigen Entwicklung der Kohlenförderung rechnen. Sh.

## Keine Zeit für Feiern.

TU. **München**, 19. Febr. In Kreisen der Münchener Betriebsräte wird dafür Stimmung gemacht, den 21. Februar, den Todestag Eisners, durch Arbeitsruhe zu feiern. Das Arbeitgeberkartell erklärt hierzu, daß jetzt keine Zeit für deratige Feiern sei, sondern alle Kräfte aufgewandt werden müssen, um durch vermehrte Produktion das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Feiernde hätten einen Lohnabzug zu gewärtigen.

# Denkschrift über den Mittellandkanal.

Der Krieg hat neben anderen Lehren die von der Notwendigkeit weiteren Ausbaues der deutschen Wasserstraßen so überzeugend eingeprägt, daß dessen Inangriffnahme glattweg als Forderung des Tages bezeichnet werden darf. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Mangelhaftigkeit der Transportleistungen der Eisenbahnen, die zum Beispiel in der Kohlenanlieferung die schwere Drangsal der Bevölkerung wesentlich mit verschuldet hat. Deshalb ist zu begrüßen, daß der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten jetzt in einer Denkschrift an den Landes-Wasserstraßenbeirat Vorschüsse über die besondere dringliche Ausführung des Schlußstückes — Weser-Elbekanal — des Mittellandkanals diesem Beirat zur Nachprüfung und gutachtlichen Aeußerung unterbreitet. Erfreulicherweise ist angekündigt, baldmöglichst eine dementsprechende Vorlage an die Landesversammlung gelangen zu lassen, die also wohl in die Lage kommen wird, sie noch vor den allgemeinen Neuwahlen abzufertigen. Die schlechten staatlichen Geldverhältnisse können hier kein Hinderungsgrund sein, wenn auch die Denkschrift nicht verhehlt, daß andere wasserwirtschaftliche Erweiterungsbauten wegen des Geldmangels nur schwer durchführbar sein werden. Von den drei in Betracht kommenden Linienführungen für den Weser-Elbekanal scheidet die Denkschrift die Nordlinie, die den Kanalvorlagen von 1899 und 1901 unrühmlichen Gedenkens zu grunde lag, von vornherein aus. Es kommen nur die Süd- und die Mittellinie zur engeren Wahl, deren Vorteile unter den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und der Herstellungskosten in der Denkschrift beleuchtet werden. Die Südlinie mit dem Anschlußkanal nach Staßfurt und die Mittellinie ohne Anschlußkanal vereinigen danach die meisten verkehrs- und wirtschaftlichen Vorteile in sich. Bei der endgültigen Wahl zwischen beiden Möglichkeiten könne allein der Umstand ausschlaggebend sein, daß nur der Staßfurter Kanal den Anschluß des großen sächsischen Industriegebiets an das westdeutsche Wasserstraßennetz in zweckmäßiger Weise ermöglicht. Die Prüfung im Landes-Wasserstraßenbeirat und die Erörterung in der Presse werden ja nun ein Uebriges tun zur Klärung des Problems, so daß der Landesversammlung seinerzeit ein durchgereifter Entwurf unterbreitet werden kann. Die wirtschaftliche Drangsal und die Verkehrsnot im schwerheimgesuchten Vaterlande erheischen beschleunigte Vervollständigung wenigstens des Mittellandkanals. Vielen Tausenden von Händen wird dadurch Arbeit gegeben und vielen Deutschen wirtschaftliche Erleichterung geschaffen werden durch vermehrte Zufuhrmöglichkeiten lebensnotwendiger Gegenstände.

# Preußische Landesversammlung.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12,15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Erhebung von

**Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr**

der preußisch-hessischen Eisenbahnen.

Minister Oeser: Auch die Regierung ist sich der schweren Folgen dieser 100prozentigen Erhöhung der Tarife voll bewußt. Wir befinden uns aber in einer Zwangslage, die durch den Krieg entstanden ist. Es geht der Wunsch dahin, die Tariferhöhung schon zum 1. März eintreten zu lassen.

Abg. Ehlers (D.): Diese Tariferhöhung ist sehr gefahrvoll für Handel, Industrie und Landwirtschaft. Der Eisenbahnbetrieb muß wirtschaftlicher werden. Der Achtstundentag wird kaum aufrechterhalten werden können, es muß gearbeitet werden.

Abg. Dr. Seelmann (dntl.): Die Verteuerung der Gütertransporte bringt wieder Lohnerhöhungen mit sich. Wir können der Vorlage nur zustimmen, wenn uns im Ausschuß Garantien gegeben werden, daß mit der Lotterwirtschaft bei der Eisenbahn gründlich aufgeräumt wird. (Beifall rechts.)

Abg. Paul Hoffmann (U.): Die Eisenbahneinnahmen können erhöht werden, wenn die Stielkeschen Bahnhofsbuchhandlungen in den Staatsbetrieb übernommen werden. Bei der Schließung der Eisenbahnwerkstätten ist man brutal vorgegangen. Die Regierung ist aber, wie früher, Schrittmacher der Reaktion und der Lohndrückerei. Diese brutale und nichtswürdige Handlungsweise (Präsident Leinert rügt diesen Ausdruck) war nur möglich mit Hilfe des Belagerungszustandes.

Abg. Garnisch (D. V.): Bei den Maßnahmen in den Eisenbahnwerkstätten darf man nicht auf halben Wege stehen bleiben.

Minister Oeser: Eine Staffelung der Tarife würde derartige technische Schwierigkeiten mit sich bringen, daß die Verabschiedung bis zum 1. März nicht möglich sein würde. Gegen den Vorwurf der Lotterwirtschaft muß ich mich wenden. In wenigen Wochen sind die Folgen des Krieges nicht zu beseitigen. Die Entlassungen in den Werkstätten mußten erfolgen, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sichern. Die Werkstätten waren übervölkert; die Arbeit wurde dadurch beeinträchtigt.

Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß.

Darauf wird die Beratung des Antrages betr.

**Elternbeiräte**

fortgesetzt.

Abg. Gottwald (Z): Die Idee der Elternbeiräte ist eine alte Forderung des Zentrums. Die Einheitsschule ist mit dem christlichen Gedanken durchaus vereinbar; wir wünschen aber, daß die Erlasse des Ministers in mancher Beziehung abgeändert werden.

Abg. Heller (S.): Die unteren Verwaltungsorgane sind bestrebt, die Elternbeiräte unwirksam zu machen. Da muß eingegriffen werden.

Abg. Frau Arendsee (U.): Wir fordern Schülerbeiräte, die neben die Elternbeiräte gestellt werden müssen. Die Wahlen müssen unverzüglich vorgenommen werden.

Damit schließt die Beratung. Die Abstimmung erfolgt morgen. Dabei wird über den Antrag der Deutsch-nationalen namentlich abgestimmt werden.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 15. November 1918 betr. Auflösung des Abgeordnetenhauses und Beseitigung des Herrenhauses.

Abg. Dr. Rosenfeld (U.): Bei der preußischen Regierung soll der Wunsch seitens eines scheinsozialistischen Mitgliedes gehegt werden, das Einkammersystem wieder zu beseitigen.

Ministerpräsident Hirsch: Es ist kein wahres Wort daran, daß inerhalb der Regierung Meinungsverschiedenheiten über das Einkammersystem vorhanden sind. Die Arbeiten der Landesversammlung müssen möglichst gefördert werden. Der

**Verfassungsentwurf**

ist ausgearbeitet, er soll aber ein Werk aus einem Guß werden, deshalb finden noch Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien statt, die noch vor dem Abschluß stehen. Die Verfassung wird dem Hause in ganz kurzer Zeit eingebracht werden. Mit ihrer Verabschiedung wird aber die Tätigkeit des Hauses noch nicht abgeschlossen sein. Es sind noch bestimmte Gesetze zur Demokratisierung zu erlassen.

Abg. Graef (Soz.) zu den Unabhängigen gewendet: Wenn man uns Scheinsozialisten nennt, so laufen Sie Gefahr, von uns Radausozialisten genannt zu werden. Wäre es nach Ihnen gegangen, so bekämen wir überhaupt keine Verfassung, sondern nach russischem Muster den Ruin. (Beifall.)

Die Verordnung wird gutgeheißen.

Abg. Lukassowitz (dntl.) begründet einen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß Lehrer, die die Mittelschullehrer- und Rektorenprüfung bestanden haben und jetzt wieder auf Grund des Erlasses über die Wahlen zum Schulleiter gewählt werden, eine Anstellung erhalten, die den gebrachten Opfern an Zeit, Geld und Gesundheit bei der Vorbereitung für die genannten Prüfungen entsprechen.

Nach kurzer Aussprache wird der Antrag dem verstärkten Unterrichtsausschuß überwiesen.

Ein Antrag der deutschen Volkspartei, baldmöglichst anzuordnen, daß die preußische Domänenverwaltung von der Abhaltung von Weinversteigerungen bis auf weiteres absieht; 2) bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Abhaltung von Weinversteigerungen im Reiche für die nächste Zeit, zu mindest für ein Jahr, verboten werde, wird nach kurzer Aussprache dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Schluß 6 Uhr.

# Deutsches Reich.

**Die Rechtsunsicherheit der angeblichen „Kriegsverbrecher".**

**Mannheim**, 19. Febr. Die Pfalzzentrale meldet: Trotzdem die französische Regierung in der Auslieferungsfrage sich damit einverstanden erklärt, die Verurteilung der sogenannten Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht in Leipzig vornehmen zu lassen, wurde am 17. Februar ein Ingenieur der Badischen Anilin-Sodafabrik wegen angeblicher Kriegsverbrechen von Gendarmen verhaftet. Er wird jedenfalls ebenso wie der Schutzmann Burger aus Oggersheim, der am 11. Februar aus demselben Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille transportiert werden. Aus gleichen Gründen sind vorher schon fünf andere Personen verhaftet worden. Damit ist jeder frühere Angehörige der deutschen Armee im besetzten Gebiet trotz des eingetretenen Friedenszustandes dauernd in Gefahr, wegen sogenannter Kriegsverbrechen vor ein französisches Gericht gestellt zu werden.

## Noch einmal die Falschmeldung der „Nationalliberalen Correspondenz".

Vom Zentralbüro des Deutschen Bauernbundes wird geschrieben:

In Ergänzung unserer gestrigen Mitteilung können wir auf Grund inzwischen eingegangenen Materials feststellen, daß die „Nationalliberale Correspondenz" mit ihrer Meldung über eine angebliche Abwendung des Deutschen Bauernbundes in Ostpreußen von der demokratischen Partei auf einen glatten Schwindel hineingefallen ist. Herr Generalsekretär Witt berichtet selbst über die Sitzung am 3. Februar in Insterburg, in der der Kreisvorsitzende des Darkehmer Kreises, Herr Schwartz-Ottobeg, den Antrag stellte, das Bündnis mit der demokratischen Partei zu lösen, folgendes:

„Wie ich gestern schon telefonisch mitteilen konnte, ist in Insterburg beschlossen worden, den Antrag Schwartz bis nach dem Delegiertentag zurückzustellen. Die Mehrheit schien keine Lust zu haben, sich jetzt von der demokratischen Partei zu trennen"

Auch die noch vorliegenden Berichte zweier Kreisvorsitzender bringen übereinstimmend die Nachricht, daß Herr Schwartz mit seiner Meinung völlig allein gestanden und die anderen Kreisvorsitzenden gegen ihn Stellung genommen hätten. Eine einige Wochen vorher ebenfalls in Insterburg tagende Versammlung der Kreisvorsitzenden hatte genau das gleiche Ergebnis. Auf der Sitzung vom 3. Februar wurde lediglich beschlossen, die Herren Schwartz und Witt völlig unverbindlich zu Verhandlungen mit den Ackerschaften in Lyck am 11. Februar zu beauftragen. Ob nun diese Herren dort eine Erklärung abgegeben haben in dem Sinne, wie die „Nationalliberale Correspondenz" berichtet, ist noch nicht festzustellen, aber auch gänzlich belanglos, da sie dazu von der Ostpreußischen Kreisvorsitzenden-Tagung nicht beauftragt waren, ja sogar wußten, daß diese eine gegenteilige Stellung eingenommen hat. Es besteht die Möglichkeit, daß Herr Witt nach einem der Zentrale zur Kenntnis gekommenen Artikel in der „Tilsiter Zeitung" und nach Berichten der Kreisvorsitzenden zu urteilen, aus Gründen des Antisemitismus die Abkehr von der demokratischen Partei betreibt. Bei Herrn Schwartz sind nach seinem Brief lediglich solche Gründe entscheidend. Beide verschweigen den Mitgliedern des Bauernbundes, daß gerade die Deutsche Volkspartei Ostpreußens nach Abgeordneten und Leitung vom antisemitischen Standpunkt mehr Angriffspunkte gibt als die ostpreußische Demokratie. Noch soll angenommen werden, daß die Nachricht der „Nationalliberalen Correspondenz" nicht auf ein Mitglied Bauernbundes zurückzuführen ist, denn auch Herr Schwartz berichtet, daß es sich bei der Aussprache mit den Ackerschaften um eine völlig unverbindliche Unterredung gehandelt habe.

## Die Papiernot des deutschen Zeitungsgewerbes.

Die bedrohliche Lage der Presse infolge der fortgesetzt steigenden Papierpreise war Gegenstand eingehender Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums und der Vertreter der Länder mit den Druckpapierfabrikanten und Zeitungsverlegern. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß durch Eingreifen des Reiches in Gemeinschaft mit den Landesregierungen alsbald der Versuch gemacht werden müsse, die der Presse durch die ungeheuren Papierpreissteigerungen drohende Katastrophe nach Möglichkeit zu verhindern. Dementsprechend wird das Reichswirtschaftsministerium unverzüglich mit den Regierungen der Länder mit Waldbesitz wegen Breitstellung des notwendigen Papierholzes zu ermäßigten Preisen in Verbindung treten. Die Länder haben zum Teil bereits ihr grundsätzliches Einverständnis zu einer solchen Maßnahme erklärt. Wegen Beteiligung des Reichs durch Gewährung von Vorzuschüssen sind Erwägungen eingeleitet.


# Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

20 Februar


## Lebensmittel.

**Kandiszucker** kann vom 23. d. M. ab auf Warenmarke Nr. 56 ½ Pfund zum Preise von 1,65 ℳ das Pfund gekauft werden. Kauffrist: 1. März 1920. Markenablieferungsfrist für die Geschäfte: 3. März 1920. — Außerdem wird Anfang und Ende März 1 Pfund Zucker verteilt werden.

**Kakao** kann vom 20. Februar d. Js. ab in der Markthalle auf die rote Kindernährmittelmarke Nr. 5, auf die grauen Krankenscheine und auf die Nährmittelmarke für Personen über 70 Jahre je ¼ Pfund zum Preise von 1,60 Mark gekauft werden. Kauffrist: 27. Februar 1920.

**Die Fetteinheit** für die Woche vom 23. bis 29. Februar d. Js. ist auf 40 Gr. Auslandsmargarine zum Preise von 64 Pfg. und 100 Gr. Inlandsmargarine zum Preise von 1,60 ℳ festgesetzt.

## Zur Theaterfrage.

Wir wir erfahren, stehen den Bestrebungen, den Bürgerverein für Theaterzwecke durch eine Nachprüfung der Angelegenheit seitens der Regierung in Minden wieder freizugeben, noch immer große Hindernisse entgegen. Auf eine Eingabe des hiesigen Beamtenvereins, der eine Besprechung mit dem Herrn Regierungspräsidenten voranging, hat der Magistrat mitgeteilt, daß er einen Beschluß gefaßt hat, den Bürgerverein zum 1. April 1920 nicht wieder zu verpachten, ihn vielmehr von diesem Zeitpunkt an für städtische Zwecke zur Verfügung zu halten. Bei dieser Sachlage scheinen alle Bemühungen der Gewerkschaften und Zweckverbände gegenstandslos geworden zu sein, was bei den mißlichen Theaterverhältnissen unserer Vaterstadt sehr zu bedauern ist.

Es ist leider Tatsache, daß wohl keine Aussicht besteht, den Bürgerverein jemals wieder für Theaterzwecke dienstbar zu machen, weil die Kosten von der Stadt nicht getragen werden können. Die Theater- und Kunstfreunde werden sich leider damit abzufinden haben.

= **Nicht die Blütenkätzchen abreißen!** Der Eintritt des Vorfrühlings gibt Anlaß, vor dem massenhaften Abschneiden oder Abreißen von Blütenkätzchen — insbesondere von Weiden und Haselsträuchern zu warnen. Es wird durch diese Unsitte nicht nur das Aussehen und Wachstum der Bäume und Sträucher geschädigt, sondern auch den Bienen, die für die erste Frühlingstracht fast ausschließlich auf diese Kätzchen angewiesen sind, ihre Hauptnahrungsquelle entzogen. Denen, die sich eines solchen Verfahrens selbst schuldig machen oder es dulden, ist meist nicht bekannt, daß diese Entnahme von Kätzchen nach dem Feld- und Forstpolizeigesetz, gegebenenfalls sogar nach § 242 oder § 303 des Reichsstrafgesetzbuches, strafbar ist. Es ist daher nicht nur Aufgabe der Polizeibehörden, sondern aller derer, die Verständnis für die Schädlichkeit dieses Treibens haben, ihm entgegenzutreten.

= **Teuerungsklasseneinteilung von Sundern und Schweicheln.** Die Bemühungen des Vorstandes des Beamtenvereins Herford um Heraussetzung der Ortschaften Sundern und Schweicheln in die zweite Teuerungsklasse sind leider erfolglos geblieben. Der im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen durch den Herrn Regierungspräsidenten in Minden erteilte Bescheid führt aus, daß nach der Entscheidung des Herrn Finanzministers vom 25. Januar d. Js. die Teuerungsklasseneinteilung für die Provinz Westfalen als abgeschlossen anzusehen ist und — wie die unlängst stattgefundenen Erörterungen dargetan haben — die Voraussetzungen für die Anerkennung von Sundern und Schweicheln als Vororte von Herford nicht zutreffen.

= **Viehablieferung an Frankreich und Belgien.** Die Landwirtschaftskammer teilt mit: Mit dem Ankauf der Pferde zur Ablieferung an Frankreich und Belgien wird in allernächster Zeit begonnen werden. Die Landwirtschaftskammer hat in ihrem Amtsblatt bereits die Termine, die in der Zeit vom 24. Februar bis 18. März stattfinden werden, bekanntgegeben und die näheren behördlichen Anordnungen betreffs dieser Termine sind ergangen oder stehen unmittelbar bevor. Die westfälischen Landwirte werden hierauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß die Landwirtschaftskammer versuchen wird, durch die gebildeten Sachverständigen-Kommissionen die erforderliche Anzahl bei den Vorstellungen freihändig aufzukaufen, sollte dies nicht gelingen, so wird allerdings durch einen den Kommissionen beigegebenen Regierungskommissar zur Enteignung geschritten werden müssen. Der Antrag auf Erhöhung der Uebernahmepreise hat erfreulicherweise Genehmigung gefunden, sodaß die Hoffnung berechtigt erscheint, daß ein freihändiger Ankauf zu dem gewünschten Ziele führen und sich der schwere Eingriff in die westfälische Pferdezucht ohne unnötige Härten vollziehen wird.

g. **Lehrerverein.** Der Lehrerverein von Herford und Umgegend nahm in seiner vorgestrigen gut besuchten Versammlung folgende Entschließung an: Der Lehrerverein von Herford und Umgegend (180 Mitglieder) erklärt, um irrigen Ansichten entgegenzutreten, sich bereit, nach wie vor den Religionsunterricht zu übernehmen, und verpflichtet sich, den Unterricht in einer den Grundsätzen der evangelischen Lehre entsprechende Weise zu erteilen. Er erklärt aber gleichzeitig aufs bestimmteste, daß er neben der staatlichen Fachaufsicht eine besondere Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes durch eine dritte, von der Kirche ernannte Person, niemals zugeben werde. — Durch einen Ministerial-Erlaß wurde auf die Gefahren der Zeit, den Nikotingenuß, die Beteiligung der heranwachsenden Jugend an Wucher- und Schiebergeschäften und die Kindergefahren hingewiesen. Es konnte keine durchschlagende Ge-

penmaßregel angegeben werden. Die Lehrerschaft steht diesen Gefahren, die sich auch hier in Herford in einzelnen Fällen zeigen, machtlos gegenüber, solange nicht Elternhaus und Behörden mit ihr Hand in Hand arbeiten.

s. **Kammermusikabend.** Die „Kammermusik-Vereinigung für Blasinstrumente und Klavier" von der früheren Hofkapelle in Hannover gab gestern in Brinkmanns Saal ein Konzert, in dem eine Reihe zum Teil älterer, interessanter Kompositionen zu Gehör kam. Ein Sextett für Klavier (Herr Walter Gieseking), Flöte (Herr Laubender), Oboe (Herr Helmert), Klarinette (Herr Gabler), Fagott (Herr Mechler) und Waldhorn (Herr Klöpfel) von Ludwig Thuille eröffnete den Abend. An dem Werk wie nicht minder an der gediegenen Ausführung konnte man seine helle Freude haben, nur wurde die Freude an der Darbietung etwas getrübt durch eine Differenz in der Stimmung des Klaviers und der Blasinstrumente. Einen vollkommenen musikalischen Genuß bot Herr Walter Gieseking mit den F-dur-Variationen Op. 34 von Beethoven. Das Bestreben des Künstlers, seine große pianistische Fertigkeit allein dem inneren Gehalt dieses Werkes meisterhafter Variationenkunst dienstbar zu machen, trat aufs Angenehmste in die Erscheinung. Reichen Beifall trug Herrn Gieseking die Liszt'sche Legende vom Heiligen Franziskus ein, in der er Gelegenheit hatte, seine Kunst in hellstem Lichte zu zeigen. Der Applaus wollte nicht enden, bis Herr Gieseking ein „Ständchen" von Schubert zugab. Solistisch trat auch der Flötist, Herr Laubender, hervor. Er fand mit dem Adagio und Rondo aus einem Flötenkonzert von B. Molique, eines älteren Meisters der Kammermusik, volle Anerkennung. Zum Schluß hörte man ein Quintett des jüngeren Beethoven in Es-dur, Op. 16, für Klavier, Oboe, Klarinette, Fagott und Waldhorn. Für viele Musikfreunde wird es eine wertvolle Anregung bedeutet haben, wieder einmal auf ein im allgemeinen weniger gepflegtes Gebiet der Kammermusik geführt worden zu sein.

p. **Ein Kind tödlich überfahren.** Am Mittwoch ist das 2jährige Söhnchen des Postschaffners Heinr. Severing, Bünderstraße, tödlich verunglückt. Das Kind lief in der Nähe des Güterbahnhofs bei der Unterführung in ein im Schritt fahrendes Gefährt hinein. Trotzdem der Kutscher das Fuhrwerk sofort zum Stehen brachte, konnte er es nicht mehr verhindern, daß das Kind überfahren wurde. Es ist dann auf dem Transport nach der elterlichen Wohnung verstorben infolge Zertrümmerung des Unterschenkels und Schädelbruchs. Wie die Untersuchung ergab, trifft den Lenker des Fuhrwerks keinerlei Verschulden.

p. **Polizeibericht.** Wegen Beamtenbeleidigung wurde ein in der Petersilienstraße wohnhafter Stuhlflechter zur Anzeige gebracht. — Wegen Trunkenheit wurde eine Person in Schutzhaft genommen. Beschlagnahmt wurden 16 Pfund Rindfleisch, 28 Pfund Butter, 4 Pfund Speck und 43 Pfd. Mehl. — Wegen Hausfriedensbruch, wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Verordnungen, des Automobilgesetzes und der Hundesperre und wegen Vergehens gegen die Rationierungsvorschriften mußten leider wieder eine Anzahl Personen zur Anzeige gebracht werden.

---

**Studium der Landwirtschaft an der Universität Münster.**

Seit langem besteht bei den jüngeren westfälischen Landwirten der Wunsch, sich für die spätere praktische Betätigung auf der eigenen Besitzung oder zur Ergreifung der akademischen Laufbahn den landwirtschaftlichen Universitätsstudium mehr als bisher zu widmen. Diese Bestrebungen stießen bislang jedoch auf gewisse Schwierigkeiten, weil für das Landwirtschaftsstudium an der heimatlichen Universität Münster sich eine geeignete Gelegenheit nicht darbot. Das soll künftighin anders werden. Nachdem an der Universität Münster die landwirtschaftliche Betriebslehre sowie einige andere landwirtschaftliche Nebenfächer eingeführt worden sind, ist für das künftige Sommersemester weiterhin beabsichtigt, einen besonderen Studienplan für Studierende der Landwirtschaft zusammenzustellen und herauszugeben. Und zwar wird dieser Plan sämtliche Naturwissenschaften enthalten, welche die Grundlage der Landwirtschaft bilden und in denen die künftigen Landwirtschaftslehrer die Prüfung abzulegen haben, ferner die Volkswirtschaftslehre, landwirtschaftliche Betriebslehre, sowie eine Reihe Studierfächer, wie Forstwirtschaft, Bodenkunde, Meliorationswesen und anderes mehr. Es wird ferner angestrebt, daß denjenigen Studierenden der Landwirtschaft, welche späterhin die Landwirtschaftslehrerprüfung ablegen wollen, von dem in Münster verbrachten Studium künftighin 3 Semester statt wie bisher 2 Semester angerechnet werden und daß ihnen ferner die Möglichkeit gegeben wird, an der Universität Münster das sogenannte Vorexamen nach Abschluß des 3. Semesters abzulegen. Somit eröffnet sich tatsächlich für die aus Westfalen entstammenden Studierenden der Landwirtschaft die Möglichkeit, mindestens einen Teil des Landwirtschaftsstudiums an der Heimatuniversität zu erledigen, und es ist zu erwarten, daß die jungen Landwirte der Roten Erde recht zahlreich hiervon Gebrauch machen werden, was zur praktischen und wirtschaftspolitischen Schulung sehr erwünscht erscheint. Näheres wird das Vorlesungsverzeichnis der Universität für das Sommersemester 1920 ergeben.

## Amt Enger.

e. **Enger,** 17. Febr. Die Stadtvertretung nahm in ihrer letzten Sitzung einstimmig das vorher beratene Ortsgesetz über Straßenanliegerbeiträge an. Sie schloß sich ferner dem Beschlusse des Schulvorstandes vom 29. 1. 1920 betr. Errichtung der Quinta nach dem Plane der Herforder Realschule an und ist damit einverstanden, daß Ostern 1921 die Quarta eingerichtet wird. Das Schulgeld wird für auswärtige Kinder auf 200 ℳ für ein Jahr und für die einheimischen Kinder derartig festgesetzt, daß für das 1. Kind 150 ℳ, für das 2. Kind derselben Familie 125 ℳ und für das 3. Kind derselben Familie 100 ℳ vom 1. 4. 1920 ab erhoben werden. Für die Volksbibliothek wurde für das Rechnungsjahr 1920 ein Betrag von 500 ℳ bewilligt. Stadtvertretung nahm Kenntnis von dem ablehnenden Bescheide des Kreisausschusses auf den s. Zt. gestellten Antrag der Stadtvertretung, die Gerbung der Häute durch den Kreis vornehmen zu lassen. Der Zigarrenfabrikant Karl Berg in Bielefeld soll aufgefordert werden, bis zum 28. d. Mts. die Einfriedigung an der Steinstraße soweit sie auf der Parzelle 822 steht, zu entfernen, widrigenfalls die Räumungsklage erhoben werden soll. Die Angelegenheit betr. Zahlung einer Entschädigung für Benutzung des Klassenzimmers als Kriegswirtschaftszimmer wurde vertagt. In den bereits bestehenden Wohnungsausschuß wurde als neues Mitglied Herr Robert Weeke hinzugewählt.

## Wucher- und Schiebertum.

**Berlin,** 19. Febr. Die im Zentrum Berlins gelegene Grenadierstraße ist seit Jahren bekannt als die Zuflucht polnischer und russischer Schieber. Das Handelstreiben, das sich dort abspielt, ist so auffällig, daß die Grenadierstraße im Volksmunde die Schieberstraße genannt wird. Heute hat die Polizei in dieser Straße einal gründlich aufgeräumt. Alle Zugänge wurden unauffällig besetzt und die ganze Gesellschaft, die sich auf der Straße betätigte, wurde nach der Alexanderkaserne abgeschoben, wo eine Leibesuntersuchung stattfand. Im ganzen wurden etwa 500 Personen festgenommen, von denen nur die wenigsten sich ausweisen konnten. Es wurden den Leuten große Summen Hartgeld und andere Sachen abgenommen, über deren Erwerb sie sich nicht ausweisen konnten. Große Warenbestände, Stoffballen und dergleichen wurden bei der Durchsuchung der Häuser entdeckt.

## Sport.

**Ringkampf-Konkurrenz im Lichtspielhaus „Wittekind".** Gestern, Donnerstag, traten zuerst Overdiek (Westfalen) und Möbus (Olympiasieger) zum Kampfe an. Der Westfale machte, wie uns mitgeteilt wird, mit seinem leichten Gegner kurzen Prozeß und brachte ihn bereits nach 3 Minuten auf beide Schultern. Das 2. Treffen zwischen Schwarz (Berlin) und Zänker (Norddeutschland) recht interessant. Die beiden Schwergewichte lieferten einen technisch guten Kampf und befreiten sich beide des öfteren aus gefährlichen Situationen mit erstaunlicher Gewandtheit. Trotz beiderseitiger großer Anstrengung mußte der Kampf nach 20 Minuten als muentschieden abgebrochen werden. Das Haupttreffen des Abends war der freie Ringkampf zwischen Fischer (Sachsen) und Lassartesse (Frankreich). Der Franzose, der den freien Stil zweifellos vollkommener beherrscht als Fischer, war meistens im Angriff, jedoch gelang es auch Fischer, dem Franzosen verschiedentlich recht schmerzhafte Griffe beizubringen. Nachdem das erbitterte Ringen bereits 3 Runden gedauert hatte, ging der Sachse in der 4. Runde energisch zum Angriff vor. Der Franzose war jedoch auf der Hut und konnte bei einem Untergriff von hinten, welchen Fischer gefaßt hatte, den Sachsen auf diese Art auf beide Schultern zwingen. — Heute abend findet der Entscheidungskampf zwischen Schwarz (Deutschmeister) und Lassartesse (Frankreich) statt. Außerdem sind noch weitere interessante Kämpfe angesetzt.


**Beschwerden**

über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: Rennstr. 29/31 (Fernsp. 83) zu richten.

**Verlag der Herforder Zeitung für Stadt u. Land.**


## Wirtschaftsleben.

### Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

| Telegraphische Auszahlungen: | 19. Febr. Geld | 19. Febr. Brief | 18. Febr. Geld | 18. Febr. Brief |
|---|---|---|---|---|
| Holland . . . . . 100 Gulden | 3671 | 3679 | 3710 | 3724 |
| Norwegen . . . . 100 Kronen | 1828 | 1832 | 1853 | 1857 |
| Dänemark . . . . 100 Kronen | 1458½ | 1461½ | 1453½ | 1461½ |
| Schweden . . . . 100 Kronen | 1703¼ | 1711¾ | 1718¼ | 1721¾ |
| Helsingfors . . 100 finn. Mark | 384,60 | 386,40 | 397,10 | 397,80 |
| Schweiz . . . . . 100 Franken | 1576 | 1579 | 1613¼ | 1616¾ |
| Wien (altes) . . . 100 Kronen | 39,21 | 39,29 | 39,96 | 40,04 |
| Budapest . . . . 100 Kronen | 35,96 | 36,04 | 35,96 | 36,04 |
| Prag . . . . . 100 Kronen | 100,90 | 101,10 | 100,90 | 110,10 |
| Spanien . . . . 100 Pesetas | 1678¼ | 1681¼ | 1693¼ | 1696¾ |

**Enorme Preissteigerung für Tabak.** Die polnische Telegraphenagentur meldet aus Teschen, daß die Preise für Tabak und sämtliche Tabakerzeugnisse in Polen um 100 bis 300 Prozent erhöht worden sind.

**Die Höchstpreise für Leim** sind mit Gültigkeit vom 15. Januar ab geändert worden. Bei Lieferungen an die Verbraucher durch den Hersteller oder Händler dürfen keine höheren Zuschläge als die folgenden berechnet werden: bei Lieferung auf Bezugschein über 3000 Kgr. je 9,80 ℳ, für das Kgr.; 3000 — 150 Kgr. je 1,50 ℳ, für das Kgr.; unter 150 Kgr. je 8,00 ℳ, für das Kgr. Gleichzeitig erscheint im „Reichsanzeiger" eine Verordnung über Ausnahmebewilligungen von den Höchstpreisen für Leim.

**Eine weitere starke Verteuerung der Möbel.**

Die Fabrikanten fertiger Möbel erhöhten den seit Januar geltenden Teuerungszuschlag von 500 auf 1000 v. H., veranlaßt durch die zunehmende Knappheit an Materialien, besonders an ausländischen Hölzern. Die Möbelfabrikation ist wegen Holzmangels bereits teilweise ins Stocken geraten. Eine weitere Verteuerung der Möbel ist wahrscheinlich.

**Erhöhung der Preise für Thomasphosphatmehl.**

Die Preise für Thomasphosphatmehl sind für 1 Kilogrammprozent Gesamtphosphorsäure auf 353 Pfg. und für zitronensäurelösliche Phosphorsäure auf 415 Pfg. heraufgesetzt worden.

**Der deutsche Grundstücks-Ausverkauf.**

In Groningen (Holland) wurde eine Gesellschaft mit dem Zweck der Anlegung ausländischen Geldes in deutschen Grundstücken gegründet. Die Gesellschaft verfügt über Geschäftsfreunde in Deutschland, die besonders auf dem Grundstücksmarkt angesehene Stellungen bekleiden. Das Unternehmen ist eine sogenannte holding company deutscher Aktiengesellschaften, die die eigentlichen Ankäufe und zwar mit Zustimmung der holländischen Gesellschaft besorgen dürfen. Die Verwaltung in Deutschland wird von einem Zentralbüro in Berlin besorgt. Die für Ausländer aus der Besteuerung sich ergebenden Schwierigkeiten werden dadurch umgangen, daß man die deutsche Tochtergesellschaft als Käuferin auftreten läßt. Das Kapital beträgt sechs Millionen Mark.

**Kriegsanleihe in der Bilanz.**

Der starke Rückgang des Kurses der Kriegsanleihen hat den Reichsrat mit Rücksicht auf die großen Bestände, die vorzüglich gemeinnützige Anstalten hierin aufzuweisen haben, zur Annahme einer Verordnung veranlaßt, die die Wirkung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches abschwächt, nach dem Wertpapiere nur zum Marktpreis in die Bilanz aufgenommen werden dürfen. Wäre doch zu befürchten, daß derartige Unternehmungen bei strenger Anwendung jener Vorschrift mit Unterbilanz abschließen könnten, mit allen gesetzlichen Folgen, insbesondere mit der Folge der Konkurserklärung. Darum sollen von den Landeszentralbehörden als gemeinnützig anerkannte Unternehmungen und alle Genossenschaften ermächtigt werden, die betreffenden Anleihen nicht zu dem gegenwärtigen Kurs in die Bilanz einzustellen, sondern zu einem Vorzugskurse. Zum Schutz des Publikums ist vorgesehen, daß alljährlich Abschreibungen zum Mindestbetrage von einem Prozent erfolgen müssen. Die Landeszentralbehörden können eine höhere Abschreibung anordnen. Ferner darf die Dividende den Höchstbetrag von 4 Prozent nicht übersteigen.

**Die polnische Mark steigt.** Wie die polnische Telegrafenagentur meldet, war der Umsatz der polnischen Mark in der verflossenen Woche sehr rege. Der Zufluß aus der Provinz ist auch weiter immer noch sehr groß, dagegen ist der Zufluß polnischen Geldes aus Polen und Berlin nach Danzig durch die Verkehrsschwierigkeiten sehr zurückgegangen. Infolge des kleinen Angebots steigt das polnische Geld ununterbrochen. Die Tendenz ist im allgemeinen sehr rege.

---

**Aerztlichen Dienst für Notfälle**
haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 22. Februar: Dr. Brücher und Dr. Lange.

---


Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.


## Abänderung der Fluchtlinie des Wellbrockerweges

**vor dem Grundstück des Kolons Wittelmeyer Nr. 25.**

Durch Beschluß des Magistrats vom 20. Januar 1920, sowie der Stadtverordneten vom 13. Februar 1920 ist der Fluchtlinienplan des Wellbrockerweges vor dem Grundstücke des Kolons Wittelmeyer Nr. 25 abgeändert worden. Dieser Plan liegt gemäß der §§ 7 und 10 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 vom 20. ds. Mts. bis einschl. 19. n. Mts. auf dem Stadtmeßamt, Zimmer 81 des Rathauses zu Jedermanns Einsicht aus. Einwendungen gegen diese Aenderung können in der angegebenen Ausschlußfrist bei uns angebracht werden.

Herford, den 17. Februar 1920.

**Der Magistrat.**

## Leimgallertemelassefutter als Pferdebeifutter.

kann in der Futtermittelverkaufsstelle, Weberei Weddigen, Diebrockerstraße 42, gekauft werden. Der Zentner kostet 46,00 ℳ Säcke sind mitzubringen.

Kauffrist: 25. ds. Mts.

**Lebensmittelamt der Stadt, Herford.**

## Anordnung

**über das Schlachten von Ziegenmutter- und Schaflämmern.**

Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen vom 26. August 1915 (Reichsgesetzbl. S. 515) wird hierdurch folgendes bestimmt:

§ 1. Die Schlachtung aller Schaflämmer und Ziegenmutterlämmer, die in diesem Jahre geboren sind oder geboren werden, wird bis auf weiteres verboten.

§ 2. Das Verbot findet keine Anwendung auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu befürchten ist, daß das Tier an einer Erkrankung verenden werde, oder weil es infolge eines Unglücksfalls sofort getötet werden muß. Solche Schlachtungen sind innerhalb 24 Stunden nach der Schlachtung der für den Schlachtungsort zuständigen Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

§ 3. Ausnahmen von diesem Verbote können aus dringenden wirtschaftlichen Gründen vom Landrat, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde, zugelassen werden.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 5 der eingangs erwähnten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 5. Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger in Kraft.

Berlin, den 28. Januar 1920.

**Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.**
gez. Braun.

Veröffentlicht!

Herford, den 17. Februar 1920.

**Die Polizei-Verwaltung.**

## Die Preise für Thomasphosphatmehl.

sind laut Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 17. Februar 1920 — Reichsgesetzblatt Seite 203 — mit sofortiger Wirkung wesentlich heraufgesetzt worden. Die Werkpreise (ohne Aufschlag für Säcke) betragen jetzt für 1 Kilogrammprozent

| | |
|---|---|
| Gesamtphosphorsäure | 3,53 ℳ |
| zitronensäurelösliche Phosphorsäure | 4,15 ℳ |

Herford, am 18. Februar 1920.

**Kreisausschuß Herford, Abt. Kriegswirtschaft.**

## Bekanntmachung.

Am 7. Februar ds. Js. ist in Schweicheln in der Nähe des Bahnhofs eine Geldtasche mit Inhalt gefunden worden.

Der Eigentümer wird aufgefordert, seine Rechte innerhalb 14 Tagen im Amtsbüro — Zimmer Nr. 1 — geltend zu machen.

Herford, den 19. Februar 1920.

**Die Polizeibehörde des Amtes Herford-Hiddenhausen:**
v. der Schulenburg, Ehrenamtmann.


## Versteigerung

Im freiwilligen Auftrage werde ich am **Sonnabend, den 21. Februar, mittags von 12 Uhr** an im Bürgerverein:

**2 Sofas, 1 Küchenschrank, 2 Tische, 1 Kommode, 2 Bettstellen mit Matratzen, 2 Kochmaschinen, 1 Kleiderschrank, 2 Oefen, Spiegel, Bilder, 1 Jagdgewehr, 1 sehr gutes Oberbett und 2 Kissen, Sohlen und Absätze und sonstige Haus- und Küchengeräte**

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Die Sachen sind gebraucht und von 11 Uhr an zu besichtigen.

**Rob. Formel,** Auktionator.
Hollandstr. 49.

Herford, den 19. Februar 1920.

Heute früh verschied sanft nach langem, sich im Felde zugezogenen schwerem Leiden, mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, mein lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

**August Tegeler**

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse und des Lippischen Verdienstkreuzes

im Alter von 42 Jahren.

In tiefer Trauer:

**Anna Tegeler und Kinder**
nebst Verwandten.

Die Beerdigung findet am Montag nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Sachsenstr. 12, aus statt.

---

Statt Karten.

Hilda Mächler
Willi Schröder

VERLOBTE

22. Februar 1920.

Herford, Jannp 11. Stiftberg, z. Zt. Salzuflen.

---

**Brinkmanns Theater,**
Dir. Willy Tholen.
Heute Abend 8 Uhr
**„Die Faschingsfee"**
Erhöhte Operettenpreise. Vorverkauf bei Kortkamp.

---

**Hurra! Jetzt ist er da! Hurra!**
Der große
**Fett-Preis-Maskenball**
(8 fette Preise)
veranstaltet vom **Lotterie-klub „Hansa"** in den Lokalitäten von Sieverling, Hansabrücke am **Sonnabend, 21. Februar.**
Musik: **Bandoniumklub „Edelweiß".**
Anfang 6[60] Uhr. Ende, wenns Licht ausgeht.
**Der Fett-Ausschuß.**
NB. Masken, die auf einen Preis Anspruch haben wollen, müssen bis 9 Uhr im Saale sein.

---

Wir kaufen
**Papierabfälle aller Art**
(alte Zeitungen, Bücher, Journale)
zu Tagespreisen.
**Buchdruckerei Fr. Kuhle**
Fernsprecher 83 und 151.

---

**Achtung! Achtung!**

Um dem geehrten Publikum Unannehmlichkeiten zu ersparen, sehen wir uns veranlaßt, bis zur Beendigung der Ringkampf-Konkurrenz

**Numerierte Plätze**

auszugeben und sind diese im Vorverkauf ab 5 Uhr nachm. an unserer Kasse zu erhalten.

Lichtspielhaus „Wittekind".

Freikarten und Dauerkarten haben keine Gültigkeit, Dutzendkarten gegen entsprechende Zuzahlung.

---

Habe von Köln einen großen Posten der schönsten
**Maskenkostüme**
erhalten und gebe solche leihweise ab in der An- und Verkaufsstelle von Oefen, Betten, Kleidern sowie sämtlichen Gegenständen von einfachem und künstlerischem Wert.
**Jacob Schmitt,** Stiftbergstraße 1, (Toreingang).

---

Ein großer
**Spiegel**
mit Konsole sowie ein hochfeiner
**Büffetschrank**
preiswert zu verkaufen.
Nachzufragen unter 6077 in der Geschäftsst. dies. Ztg.

---

**Zu verkaufen:**
**Flüssigkeits-Motor**
14 PS.
Angebote unter Nr. 6124 an die Geschäftsst. dies. Ztg.

---

**Kaufe**
alte künstliche auch zerbrochene
**Gebisse!**
Zahle pro Zahn 10–100 Mk.
Brennstifte zu hohen Preisen.
Einkauf nur
Sonnabend, den 21. Februar,
in Herford, Hotel Stadt Bremen
von 10 bis 5 Uhr.

---

Tüchtiger
**Provisions-Reisender**
für gangbares reelles Werk für den Bezirk Westfalen **sofort gesucht.** Herren, welche im Zeichnen bewandert sind und mit Geschäfts-Publikum verkehren können, werden bevorzugt. Vorzustellen bis Mittags 12 Uhr.
**Max Küßner,**
Hermannstr. 33

---

**Kontoristin**
gewandt in Stenographie und Maschinenschreiben, für sofort oder später gesucht. Angebote unt. Nr. 6126 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

**Für unsere Oberinspektion,**
umfassend Teile der Provinz Westfalen, suchen wir gegen feste Bezahlung und bei Bewährung später Ruhegehaltsberechtigung einen in **Organisation** und **Aquisition** tunlichst vertrauten
**Bezirksbeamten**
Bewerbungen mit Lebenslauf und Bild direkt erbeten.
**Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (alte Stuttgarter).**
Größte europäische Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit.

---

**Zickel- u. Maulwurffelle**
einzeln und in Quantitäten, kaufen zu lohnenden Preisen:
**Gebr. Isringhausen, G. m. b. H**
Herforderstr. 48, **Bielefeld,** Telefon 1366.

---

Nur 1 Tag. Nur 1 Tag.
**Alte Gebisse!**
(auch zerbrochene Teile)
kaufe ich zu Ausnahmepreisen am **Freitag, den 20. Februar,** von 9—5 Uhr, in Herford, Hotel Kaiserhof.
Ich vergüte jeden Zahn nach seinem höchsten Wert! Jedoch keinen Zahn, wo die Echtheit festgestellt ist, unter 10 Mk.
**Bock.**

---

Habe von Köln einen großen Posten der schönsten
**Maskenkostüme**
erhalten und gebe solche leihweise ab in der An- und Verkaufsstelle von Oefen, Betten, Kleidern sowie sämtlichen Gegenständen von einfachem und künstlerischem Wert.
**Jacob Schmitt,** Stiftbergstraße 1, (Toreingang).

---

**Zu verkaufen!**
1 Kaiserofen, 2 Dauerbrandöfen, 2 Kochmaschinen.
**Klüber,** Fiedeleistraße 13.

---

**Damen und Herrenfahrrad**
mit Gummibereifung billig zu verkaufen.
**Koch,** Johannisstr. 22

---

**Ein Leimofen**
mit Wasserpfanne zu verkaufen
**Rottmann jr,** Heidestr. 38.

---

Verkaufe
**Glasschrank** (Sekretär)
**1 kl. Schwein** (Ferkel)
**Stadtholzstr. 81, I. Etage.**

---

Einen scharfen
**Hund (Dogge)**
hat zu verkaufen.
**Gastwirt Wulfmeyer, Kirchlengern.**

---

**Tresen** und **Regal**
für Manufakturwaren zu kaufen gesucht.
Angebote unter 6130 a. die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

**Achtung! Achtung!**
Wer tauscht gegen 6 goldene und 6 silberne **Teelöffel** ein rotes, fast neues
**Plüschsofa**
ein? Zu erfr. in der Geschäftsstelle d. Ztg. unter Nr. 6117.

---

**Lichtspielhaus „Wittekind"**
Höckerstrasse 5. Telephon 690.

**Heute Freitag, den 20. Februar:**

**Fortsetzung der grossen internationalen Ringkampf-Konkurrenz!**

**Der grosse**
**Entscheidungskampf**

**Max Schwarz** — Deutschmeister
**Lassartesse** — Champion v. Frankreich

Wer wird siegen? Die kraftvolle Ruhe des Deutschmeisters oder das brutale Draufgängertum d. Franzosen?

Ausserdem ringen, wenn es die Zeit erlaubt:

**Fischer** — Meisterringer von Sachsen
——
**Overdiek** — Meisterringer von Rheinland u. Westfalen

**Revanchekampf:**

**Höbus** — Olympiasieger, Kopenhagen
——
**Weinert** — Meisterringer von Thüringen.

Vor den Kämpfen: **Fern Andra „Zwei Menschen"** und das übrige Kino-Programm!

Beginn der Kino-Vorstellung: 6½ Uhr.
Beginn der Ringkämpfe: 9¼ Uhr.

Freikarten und Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Dutzendkarten gegen entsprechende Zuzahlung.

---

**Bes. Ortskrankenkasse**
der in den Konfektions-, Leinen- und Wäschegeschäften, in der Näherei und Plätterei beschäftigten Personen.
**Ausschuß-Sitzung**
**Freitag, den 27. Februar**
abends 6 Uhr, im Bürgerverein
**Tagesordnung:**
1. Antrag des Vorstandes auf Aenderung von § 20, Abs. 3 der Satzung, § 31, Abs. 1, § 45, Abs. 1 und § 59 letzter Abs.
2. Verschiedenes.

Herford, d. 19. Febr. 1920.
**Der Vorsitzende des Vorstandes**
R. Pilgrim.

---

**Schneider und Näherinnen**
auf Loden und Buksklappen sucht **A. Ruben.**

---

Tüchtige
**Maschinenschreiberin**
suchen Rechtsanwälte
**Justizrat A. Brand und E. Brand.**

---

**Schulmädchen oder Putzfrau**
sofort gesucht.
**Frau Uhlenbruch,**
Bielefelderstr. 30 I.

---

**Kirche der christlichen Wissenschaft.**
(Christian Science)
Herford, Göbenstraße 58.
**Gottesdienst:**
Sonntag, morgens 10 Uhr.
**Versammlungen:**
Mittwoch, abends 8½ Uhr.

---

Suche zum 1. März einen
**jüngeren Bäckergesellen**
**Hermann Schnarre,**
Herringhausen.

---

Suche für meine Bäckerei und Konditorei zu Ostern einen
**Lehrling.**
Wer, sagt die Geschäftsst. dies. Ztg. unter Nr. 6075.

---

**Gutschein.** Dieser Gutschein wird bei Aufgabe einer Anzeige in der Abteilung der „Kleinen Anzeigen" (Gelegenheits-An- u. Verkäufen, Stellengesuchen und -Angeboten, Fund- u. Verlust-Anzeigen, Vermietungen, Miet- und Pachtgesuchen, Tiermarkt, Geld, Grundstücks- und Hypothekenmarkt, vermischten Gesuchen) mit **30 Pfg.** in Zahlung genommen. Der Gutschein kann für Anzeigen jeder Größe in den angegebenen Abteilungen verwendet werden, wenn der entsprechende Mehrbetrag in bar nachbezahlt wird. — Einsendung in Briefmarken zulässig. Für jede Anzeige kann nur ein Gutschein verwendet werden. Auf Geschäftsanzeigen, auf Rechnungen und nicht bar bezahlte Anzeigen findet der Gutschein keine Verrechnung. — Schluß der Anzeigenannahme für die Gutscheinanzeigen 8 Uhr vormittags.
**Herforder Zeitung.**

---

**Vertreter**
welcher bei Kolonialwaren-Kleinhändlern, Drogisten oder Kantinen gut eingeführt ist, zum Vertriebe leicht verkäuflicher Artikel gegen hohe Provision **gesucht.**
**Carl Herms,**
Warengroßhandlung,
**Magdeburg,** Pionierstr. 16.

---

**Fachmann** aus der Möbelindustrie, langjähriger Fachmann, stets in Vertrauensstellungen tätig, sucht
**Kapitalisten**
zwecks Begründung einer kleinen **Möbelfabrik.** Schnell entschlossene Bewerber wollen Ang. bo e einsenden u. Nr 6073 an die Geschäftsst. d. Ztg.

---

**Täglich frische Eier.**
**Aug. Markmann,**
Obst- und Gemüsekultur,
Hollandstraße 15.

---

**Lexikon**
Meyer oder Brockhaus zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unter Dk. M. 761 an **Rudolf Mosse, Düsseldorf.**

---

Suche zum 1. April ein
**schulentlassenes Mädchen**
**Frau Wwe. C. Meier,**
**Sundern Nr. 9 b. Herford.**

---

**Erste Weißnäherin**
perfekt im Zuschneiden besserer Herren- und Damenwäsche, gegen Gehalt, als Leiterin der Näherei eines Weiß- u. Manufakturwarengeschäftes nach Crefeld (Rheinl.) gesucht.
Nur wirklich geschulte Kräfte, die auf dauernde Stellung reflektieren, wollen schriftliche Angebote unt. A. B. 6125 an die Geschäftsst. d. Ztg. richten.

---

Fleißiges, propperes
**Mädchen**
für vormittags gesucht.
Nachzufragen unter Nr. 6024 in der Geschäftsst. d. Ztg.

---

**Büro-Gehilfin**
sucht auf sofort der **Verband der Schneider** (Filiale Herford). Angebote sowie Angabe der bisherigen Tätigkeit sind schriftlich bis zum 1. 3. 1920 zu richten an
**Aug. Ortmann,**
Brüderstraße 2.

---

Nettes junges Mädchen als **Stütze** gesucht in kinderlosen Haushalt bei Familienanschluß.
**Radewigerstraße 18 I.**

---

Zum 1. April sauberes, ehrliches **Mädchen** gesucht.
**Frau Arnold,** Brüderstr. 34.

---

Suche für sofort oder später
**Lehrling.**
**G. Quer I.** Feilenbauermeister, Brüderstraße 24.

---

**film-** Ideen verwertet **Heinz Buchholz, Detmold.**